

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 2

Artikel: Wenn Zeitungsenten gegen Europa schnattern...
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092670>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn Zeitungsenten gegen Europa schnattern . . .

Die nachstehenden Kostproben aus der hohen Schule der Vorurteile wurden durch Klaus Löffler zusammengestellt und kommentiert. Wir entnehmen den Text der Zeitschrift «Das Parlament», Nr. 1/93, einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Leider rieselt der Schnee der Vorurteile gegen die EG vom Blätterwald auf die Köpfe der Bürger. So schneite kürzlich lockerlockig die Süddeutsche Zeitung mit einer Meldung ins Haus: «Die EG gedenkt das Skifahren im Alpenraum zu untersagen, sofern das zu befahrende Gebiet nicht eine komprimierte Schneedecke von 20 Zentimeter Dicke aufweist».

Die angebliche Schneehöhenverordnung aus Brüssel liess das Stimmungsbarometer an bayerischen Stammtischen in puncto Europäische Gemeinschaft auf ein frostiges Tief abrutschen, aus alpinen Wintersportorten wurde helle Aufregung vermeldet. Dringt mit dem Binnenmarkt eine europäische Verordnungslawine, angestossen von praxisfernen Bürokraten, bis ins letzte Bergdorf vor?

Keineswegs. Hinter der Falschmeldung steckt in Wahrheit der (nicht rechtsverbindliche, aber überlegenswerte) Vorschlag des Europa-Abgeordneten und Alpenbiologen Karl Partsch, der die Alpen wie kaum ein anderer kennt. Die angebliche Schneehöhenverordnung ist das neueste Prachtexemplar in einer bunten Schar von Zeitungsenten, Halbwahrheiten und Manipulationen. Damit werden die Bürger gegen Europa aufgebracht und die EG-Kommission, ja die europäische Institution insgesamt zum Sündenbock für alle möglichen Fehlentwicklungen gestempelt.

Die Zeitungsenten mit dem anti-europäischen Geschnatter fallen schon deshalb nicht unter die EG-Vogelschutzrichtlinie, weil sie auf absehbare Zeit nicht vom Aussterben bedroht sind. Mit folgendem Satz hacken britische Zeitungen derzeit auf der EG-Kommission herum: «Es ist wirklich schwer, einen noch krasser Fall von Einmischung der EG in die Angelegenheiten der Mitglied-

staaten zu finden als die Ankündigung, dass Brüssel unsere Regierung belangt, weil sie den Bauern erlaubt, Saatkrähen, Elstern und andere Schädlinge zu töten.»

Die Attackierten wehrten sich prompt: «Es gibt wohl kaum einen krasser Fall von Fehlinformation, der die Kommission und den europäischen Gedanken selbst in Misskredit bringt». Richtig ist: Der Gesetzgebungsvorschlag der Kommission sah vor, dass Saatkrähen und Elstern weiterhin gejagt werden dür-

fen. Demgegenüber hat der Ministerrat einstimmig, also mit der Billigung Grossbritanniens, auch diese Vogelarten unter den Schutz der EG-Vogelschutzrichtlinie gestellt. Europa als Vogelscheuche für das eigene Versagen — ein Trick, auf den die Bürger nicht länger hereinfallen sollten.

Das Aufblasen der EG-Verwaltung zu einer angeblichen «Superbürokratie» ist ein Evergreen in den Charts der Vorurteile. Eine nüchterne Zahl rückt die Massstäbe zurecht: 25 000

Menschen arbeiten für die Europäische Gemeinschaft — das entspricht der Zahl der Bediensteten einer durchschnittlichen Grossstadt in Europa. Der öffentliche Dienst in Berlin oder Hamburg ist weitaus grösser als die Verwaltung der Europäischen Gemeinschaft, der 342 Millionen Bürger angehören.

Es wäre freilich verfehlt, sich über alle Zeitungsenten aufzuregen. Ausnahmen muss man alle, die aus dem Ei des Humors geschlüpft sind. In der EG-Schokoladenrichtlinie heisst es zum Beispiel: «Weihnachtsmann im Sinne dieser Richtlinie ist auch der Osterhase.» Ausgebrütet hat diesen Scherz ausnahmsweise kein böswilliger Journalist, sondern ein humorvoller Politiker mit Sinn für Selbstironie: der bayerische Europa-Abgeordnete Gerhard Schmid. ■

ZDF: Mutige Gratwanderung

In der Neujahrswache brachte das ZDF die Produktion «Der grosse Bellheim», von Buchautor und Regisseur Dieter Wedel als «Spielfilm in vier Teilen für das Fernsehen» definiert. Ein Glanzpunkt in der Sparte der Serienserendungen. Die besondere Qualität zeigt sich am deutlichsten daran, dass hier eine ganze Reihe von Schauspielern, die sonst in Allertserien einfach vermarktet werden, zu grossen individuellen Leistungen geführt worden sind: Neben Mario Adorf Hans Kotte, Will Quadflieg und Heinz Schubert, dann aber vor allem auch die Damen Renan Demirkan und Leslie Malton. Es ist die Geschichte der Rettung eines Warenhausunternehmens durch seinen bereits in den Ruhestand gegangenen Gründer gegen eine skrupellose Welt von Finanzhaien. Eine Geschichte also, die sich wie von selber als Hintergrund für ideologische Gesellschaftskritik angeboten hätte. Und genau das machte Wedel nicht daraus.

Denn dieser Regisseur — und sein Auftraggeber ZDF, das den «Bellheim» mit 18 Mio DM finanzierte — hat erkannt, dass es heute für öffentlich-rechtliche TV-Anstalten darum geht, eine Gratwanderung zwischen dem vorwiegend seichten Unterhaltungsbetrieb der werbefinanzierten Privaten und den von früher her bekannten ideologisierten Programmen

gebührenfinanzierter Sender zu vollbringen. Er sieht die jetzt hereingebrochene Flut von Anspruchslosem geradezu als «Reaktion auf diese entsetzlich besserwisserischen, schulfunktrockenen, gesellschaftlich relevanten Problemstücke (...), bei denen Meinung stets wichtige war als Machart und (wo) ideologische Skellette lebendige Menschen ersetzen».

«Der grosse Bellheim» war Unterhaltung und Gesellschaftskritik, aber in jedem Moment intelligent. Dass der Schlussteil missriert, weil die vorgegebene Sendedauer eine die Dramaturgie störende Kürzung erzwang, war ein Tribut an das dem Schöpferischen abholde Gesetz des Fernsehens.

Das Deutschschweizer Fernsehen DRS hätte eigentlich — in einer ähnlichen Konkurrenzsituation wie das ZDF — die gleiche Gratwanderung wie dieses zu unternehmen: Abkehr von besserwisserischer «gesellschaftlicher Relevanz» (mit Kulturauftrag als Alibi), aber auch Distanz von der Sex- und Gewaltlastigkeit von Privaten. Und das ist nicht allein eine Frage des Geldes, wie mit Blick auf «Bellheim» wohl vorgebracht wird. Es ist eine Frage des verantwortlichen Personals, das die besserwisserischen Scheuklappen abzuwerfen und intelligente Flexibilität zu beweisen hätte. (wag.)

Schlaumeierei

Am 7. Januar um 17 Uhr war Arbeitslosigkeit das zentrale Thema der Radio-DRS-Nachrichten. Erste Meldung dazu: Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz nähert sich EG-Niveau, das Land hat 130 000 Arbeitslose oder 4,4 Prozent (es sind offiziell 4,2), in einzelnen Westschweizer Kantonen liegt die Quote höher als in Portugal. Zweite Meldung mit Kurzstatement: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Saumseligkeit der Bundesbehörden und ruft zu einer Demonstration am 27. März auf. Dritte Meldung: In den westlichen Ländern Deutschlands beträgt die Arbeitslosigkeit jetzt über zwei Millionen, in den östlichen mehr als 1,1 Millionen.

Man verschwieg schlauerweise die deutschen Prozentzahlen 6,6 bzw. 13,5. Sie ebenfalls zu nennen hätte die schön aufgebaute Dramaturgie von «Schweizer Arbeitslosigkeit annähernd auf EG-Niveau» bis «Protest und Grosskundgebung des Gewerkschaftsbundes» beeinträchtigt. Schlaumeierei, aber ein bisschen Manipulation ist es schon auch. (wag.)